

Bildung: Getarnte Kürzungen

Die Bildungsreform wird von der Regierung als Erfolg dargestellt. Tatsächlich bringt sie aber Verschlechterungen für SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern. Denn weil das Ganze „kostenneutral“ sein muss, werden die sozialen Unterschiede noch weiter verstärkt. Es braucht Geld für Bildung und eine gemeinsame Schule aller 6–19-jährigen für alle.

Seite 2

USA: Sozialistische Stadträtin

Unterstützt von 600 Freiwilligen, mehr als 30 Gewerkschaften und Dutzenden fortschrittlichen Organisationen und auf Basis von jahrelanger Kampagnenarbeit für Mietsenkungen und gegen das Big Business wurde Kshama Sawant, sozialistische Stadträtin in Seattle/USA, mit 57 % wiedergewählt.

Seite 12

Schwerpunkt

In Syrien herrscht ein blutiger Krieg. Auf dem Rücken von Armen, ArbeiterInnen und der Landbevölkerung kämpfen die verschiedenen Eliten um ihren Einflussbereich.

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 244 | 12.15/01.16

Widerstand

gegen Rassismus, Krieg und Kürzungen

Das Chaos, das der Kapitalismus weltweit anrichtet, schockiert. 86% der Jugendlichen meinen, dass ihre Generation unter den Fehlern der heutigen Politik leiden wird. 65% haben Angst vor Kriegen. Trotzdem sorgen die westlichen Staaten für noch mehr Terror und die Flucht Hunderttausender. Terrorismus zurückdrängen werden die westlichen Bomben genau so wenig wie im Irak und Afghanistan.

Dafür missbrauchen Europas Regierungen die Anschläge in Paris: In Frankreich wurden Streiks und Demos anlässlich der Klimakonferenz verboten. In

Für die Meisten wird das tägliche Leben immer härter. Bei der Zielpunkt-Insolvenz hinterlässt der 43. reichste Österreicher 2.700 Beschäftigte ohne Geld. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 9,2%. Obwohl, allein in Wien, über 80.000 Wohnungen leer stehen, werden diesen Winter Menschen (er)frieren.

Politik und Medien geben MigrantInnen die Schuld an Terror und sozialen Problemen. Ausgelöst durch die Hetze gegen Flüchtlinge steigt die rechte Gewalt. In Österreich haben sich fremdenfeindliche Übergriffe seit Jahresbeginn 2015 vervielfacht.



Terror, Krieg, Umweltzerstörung und Armut – wir alle müssen unter der Krise des Kapitalismus leiden.

Österreich wird über Notstandsgesetze diskutiert, ein Spitzelgesetz beschlossen, und für Grenzzäune und Aufrüstung werden Millionen ausgegeben.

Überall zeigen sich die Auswirkungen eines Systems, in dem Rüstungskonzerne, Immobilienpekulanten und Manager regieren. Kein Wunder,

dass laut Umfragen 78% wenig bis gar kein Vertrauen in die Politik haben. Großen Unternehmen vertrauen nur 30%.

Aber es gibt auch immer mehr, die das alles nicht länger akzeptieren. Die Proteste nehmen zu und auch in Österreich gab es 2015 große Demos in Solidarität mit Flüchtlingen, für bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und

Gesundheitsbereich und gegen rassistische Aufmärsche.

Wir brauchen eine Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, die diesen Widerstand von unten organisiert und für eine Welt kämpft, in der wir in Schulen, Krankenhäuser und Arbeitsplätze investieren und nicht in Banken, Kriege und Luxusjachten

Christoph Glaninger

Die SLP fordert:

- Widerstand gegen Kürzungspolitik und Arbeitslosigkeit
- Terrorursachen Armut, Rassismus und Kriege bekämpfen
- Eine neue Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und MigrantInnenHolen wir uns das Geld bei den Reichen!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Ein Witz geht um: „Ein Unternehmer, ein Flüchtling, Strache und Frau Maier sitzen am Tisch. Auf dem Tisch liegen zwölf Kekse. Der Unternehmer nimmt sich elf Kekse und gibt drei davon Strache. Der dreht sich zu Frau Maier um und sagt 'Pass auf, der Flüchtling will deinen Kekse stehlen.'“ Man könnte auch Regierungs- bzw. Medienleute dazu tun, die, wenn sie brav sind, vom Unternehmer mit Keksen gefüttert werden. Nun die verschärfte Version: der Staat reißt sich das letzte Keks unter den Nagel und kauft damit Waffen und Überwachungsequipment, um ordentlich draufhauen zu können, wenn sich Frau Maier und/oder der Flüchtling auch was von den Keksen holen wollen.

Kekse für alle!

Doch eigentlich ist das kein Witz, das ist Realpolitik. Eine Realpolitik, wo der Staat Geld für Aufrüstung statt für Bildung und Soziales ausgibt. Wo zehntausende ehrenamtliche HelferInnen und noch viel mehr SpenderInnen den Job der Regierung machen, weil diese das Flüchtlingsthema lieber als Ablenkungsmanöver inszeniert. Klammheimlich werden Staatsicherheitsgesetz (Aufrüstung, Überwachung) und 12-Stunden-Tag für noch mehr Beschäftigte beschlossen. Das Budget und Schellings Pläne für Arbeitslose und Pensionen sind eine Bedrohung für alle, die nicht reich sind. Doch das alles geht unter beim inszenierten Kampf um das letzte Keks. Die Gewerkschaft versucht Unternehmen und Staat zu überzeugen, dass Beschäftigte, die auch ein paar Krümel bekommen, dann besser arbeiten können. Doch die zentrale Frage fehlt in der ganzen Kekserie: Warum, verdammt nochmal, kriegt der Unternehmer (der Wahlweise Pfeiffer, Essl, Mateschitz oder auch Androsch heißen kann) eigentlich elf Kekse? Wer hat die denn gebacken? Wer das Getreide angebaut, geerntet, gemahlen? Wer die Bäckerei gebaut? Wer hat sie verpackt und transportiert? Also Schluss mit dem Kampf um die Krümel, her mit der Bäckerei, der Fleischerei und der Molkerei!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Bildung: Getarnte Kürzungen

Durch die Bildungsreform sollen die Gesamt- bzw. die Ganztagsschule eingeführt werden. Zumindest ein bisschen. Denn

In erster Linie die fehlenden Finanzmittel – Stichwort „kostenneutral“. Verschärft wird das durch die Schulautonomie. Den

fürs Bildungswesen in die Hand genommen wird.

Der Einfluss von Bund, Ländern und PolitikerInnen auf die Schule wurde nicht reduziert, LehrerInnen und SchülerInnen haben immer noch nichts mitzureden. Die Direktion darf künftig darüber entscheiden, wer LehrerIn an der Schule ist und wer nicht: die Auswahl wird von persönlichen Ansichten der Leitung geprägt sein. Wenn diese Ansichten reaktionär sind, werden auch reaktionäre LehrerInnen angestellt. Diese Reform bewirkt das Gegenteil ihrer angeblichen Absicht und wird die ohnehin starke soziale Differenzierung, in der das Bildungslevel von Eltern auf Kinder weitergegeben wird,

Nikita Tarasov

Wegen Sparzwangs verstärkt die Bildungsreform die sozialen Unterschiede noch weiter.

maximal 15% aller Schulen eines Bundeslandes dürfen in der Modellregion sein. Darüber freuen sich ÖVP und SPÖ. Erstere, weil die Zwei-Klassen-Bildung nicht angriffen wird. Letztere, weil sie die Reform, die real Verschlechterungen bedeutet, zum Image-Aufpolieren als Fortschritt verkauft. Ist sie aber nicht! Was sind die Probleme?

Modellschulen stellt der Bund keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Die sind aber für eine pädagogisch gute Umsetzung notwendig. Schulautonomie bedeutet also, dass die Schulleitung die knappen Gelder verwalten und erweitern muss. Ankündigungen wie „Digitalisierung der Bildung“ klingen hohl, wenn gleichzeitig klar ist, dass kein Geld

Diese Bildungsreform wird soziale Unterschiede verstärken!

Schulautonomie und knappes Bildungsbudget verlagern die finanzielle Verantwortung auf die Schulleitung. Externe Sponsoren und v.a. Eltern springen als Geldquelle ein. Laut „Verband der Elternvereine“ belaufen sich „versteckte“ Schulkosten (z.B. Spind, Ausflüge, Taschenrechner, teilweise Laptop, Kopier- oder Bastelkostenbeitrag...) für eine 2-Kindfamilie auf ca. 3.000 € im Jahr. Kinder der Vermögenden werden in teu-

re Privatschulen oder die „besseren“ Schulen gehen, wo auch dieses versteckte Schulgeld höher ist. Doch für immer mehr sind solche Finanzhürden unüberwindbar. Die Vererbung von (Bildungs)armut wird also fortgesetzt und einzementiert. Die soziale Durchmischung wird verhindert, die reiche Elite bleibt noch stärker unter sich. Das Ziel der Reform – „bessere Bildung für alle“ – ist weit verfehlt: Nichtgenügend.



Her mit Gesamt- und Ganztagsschulen – aber richtig!

Gesamt- und Ganztagschulen sind seit rund 100 Jahren das Ziel fortschrittlicher Pädagogik. Wenn ALLE SchülerInnen von 6–18 gemeinsam in kostenlosen öffentlichen Schulen lernen und auch einen Flächenberuf erlernen, dann nehmen soziale Durchmischung, Integration und Förderung für sozial benachteiligte SchülerInnen zu. Statt alle über einen Kamm zu scheren, werden persönliche Stärken und Schwächen berück-

sichtigt. Der Unterricht selbst, nach dem neuesten Stand der Pädagogik durchgeführt, ist kein hierarchisches Drillen, sondern Hilfe beim Selbstlernen in kleineren Gruppen mit ausreichender Betreuung. Davon profitieren alle SchülerInnen, „starke“ und „schwache“ und die Chancen werden gleicher. Dafür braucht es eine umfangreiche öffentliche Ausfinanzierung und Demokratisierung des Bildungssystems.



Die Rückkehr der Armut

1,6 Millionen Menschen in Österreich sind arm oder armutsgefährdet. Besonders betroffen: Arbeitslose, Frauen, Kinder, Pfl-

gen Löhnen, schlechten Bedingungen, weiten Anfahrtswegen und Problemen bei der Kinderbetreuung. Durch das mas-

Die strukturellen Probleme sind Arbeitslosigkeit, Pflegenotstand, prekäre Jobs und mangelnde soziale Aufstiegschancen

ßungen führen! Am Papier tun sie das schon. Doch haben sie die „Aktionswoche“ der GPA-djp für 1.700 € Mindestlohn mitbekommen? Es ist gut, wenn ein Mindestlohn und auch Arbeitszeitverkürzung von der Gewerkschaft gefordert werden. Aber Presseaussendungen und PR-Aktionen werden das nicht erreichen. Nur durch wirkliche Kampfmaßnahmen, bei denen die Basis aktiv eingebunden wird, können Verbesserungen erkämpft werden. Die Milliarden, die für Bankenrettung und Steuergeschenke da sind, und jene, die auf den Konten der großen Konzerne liegen – die müssen wir erkämpfen, um die Armut zu beseitigen!

Jan Millionig

Steigende Armut in einem der reichsten Länder der Welt ist die Folge der kapitalistischen Wirtschaft.

gebedürftige und MigrantenInnen. Die verschiedenen Kürzungen der letzten Jahre haben die Situation verschlimmert.

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ (seit 2010) ist mit 744 € eine Kürzung zu vorher und eine Armutsfalle. Durch die Bedingung „vermittelbar“ ist der Druck gestiegen und die Möglichkeit, Bezüge zu streichen. Das Ergebnis sind noch mehr prekäre Jobs mit niedri-

sive Erschweren der Frühpension (seit 2012) werden Kranke und ausgebrannte Menschen ohne Chance auf einen Job durch absurde „Fit for Work“-Programme drangsaliert bzw. in die Armut getrieben. Durch die Aufweichung von Schutzbestimmungen leben immer mehr Menschen mit Behinderung in Armut.

So werden die Armen bekämpft und nicht die Armut!

im Bildungssystem, meint die „Armutskonferenz“. Bei fast einer halben Million Arbeitsloser von „sozialer Hängematte“ zu reden, ist verhöhrend.

Statt diese offensichtlichen Armutsfallen abzufeiern, sollte die Gewerkschaft endlich einen echten Kampf für Arbeitszeitverkürzung, einen Mindestlohn und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und Firmenschlie-

„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

In Österreich sind über 400.000 Kinder von Armut betroffen, rund 20% der Bevölkerung armutsgefährdet und 5% manifest arm.

Gleichzeitig wachsen die Vermögen der Reichen. 82.000 verfügen hierzulande über mehr als 1 Million Euro und in den Jahren 2014/15 ist ihr Vermögen um 7 % mehr geworden. Wien liegt weltweit an 20. Stelle bei den wichtigsten Städten für Superreiche.

Reiche investieren in Diamanten und Luxusimmobilien und lassen sich das 8.-16.500 Euro pro Quadratmeter kosten. Rund 500 solcher Immobilien soll es in Wien geben. Gleichzeitig werden in Österreich jährlich rund 5.000 Delogierungen durchgeführt, die häufigsten Gründe liegen dafür bei Mietrückständen und Spekulanten, die ihre Mieter aus der Wohnung treiben, um den Preis hoch zu treiben.

Ausgaben der armen Haushalte für Wohnen (36%) und Nahrungsmittel (11%) sind höher als bei den Reichen (11% bzw. 9%). Preissteigerungen bei Wohnen und Nahrungsmitteln spüren ärmere Haushalte stärker. Die Inflation ist darum real für Ärmere auch höher als für Reichere. Fürs Sparen reichen die mageren Einkommen auch nicht: das zeigt die gesunkenen Sparquote (1995: 14,6% – 2014: 7,5%).

Menschen, die selber wenig haben, sind eher bereit anderen etwas zu geben, weil sie wissen, wie schwer sie es haben. Wer ein Einkommen über 100.000 € hat, spendet durchschnittlich 2%, bei Einkommen bis 10.000 € bei 7%, zwischen 10-30.000 € bei 30%, ab 30 Tausend Euro sinkt der Anteil rapide auf 7%. Bei den rund 82.000 Millionären im Land finden sich nur 653 Großspenden (über 6.000 Euro).

Der rechte Rand

Mut zur Wahrheit oder menschenverachtende Hetze? Frecher Bürgerschreck oder g'stopfte Bürgersöhnchen? Ein Foto eines Stacheldrahtzauns mit dem Kommentar „All Borders are Beautiful #ABAB“, ein Krone-Artikel über den IS-Kämpfer und „Wiener Hassprediger Mohammed M.“ mit dem Kommentar „All pigs must die“ sowie weitere Hasspostings schmücken die Twitterwall von „Idis“ wie Alexander Markovics – Chef der Identitären Bewegung Österreich, Geschichte- & Powi-Student, Ziehsohn der rechtsextremen Burschenschaft Olympia. Das Stacheldraht-Posting wurde u.a. von seinem Freund Martin Sellner geteilt – Wiener Idi-Capo, Olympe & ex-VAPO-Gefolgsmann von Neonazi Gottfried Küssel. Wie FPÖ & Pegida nehmen die Idis für sich in Anspruch, sie seien „das Volk“. Dabei repräsentiert diese völkische Gruppierung bestenfalls die extreme Mitte der Gesellschaft. Die Idi-Spitze besteht aus elitären Burschis aus betuchtem Elternhaus ohne die geringsten Geld-, Job- oder Wohnungsnot. „Wir haben einen intellektuellen Anspruch. Daher erreichen wir vor allem Studenten. Aber unsere Zielgruppe ist das ganze Volk“, so Sellner. Neben FPÖlern wie Martin Graf & Wolfgang Jung sowie bekannten Nazigrößen zählen auch ÖVP-Abgeordnete wie Marcus Franz sowie der Sohn von Club-Chef Lopatka zu diesem höchst intellektuellen Elitezirkel. Gemeinsam mit RFJ, RFS, JES & Co. sagen diese Leader & Manager von morgen ja zu Studiengebühren, Uni-Privatisierungen & Kapitalismus und nein zum „Sozialstaat“ und kämpferischen Gewerkschaften.

Pablo Hörtner

Seit zweieinhalb Jahren streiken Amazon-Beschäftigte immer wieder für einen Tarifvertrag (Kollektivvertrag): Heuer im Juni in Leipzig, im September an sieben Standorten. „Wir haben großen Zulauf. Immer neue Amazon-Kollegen gehen in den Streik. Es gibt also nach wie vor Druck aus der Belegschaft, weiterzumachen“, so Mechthild Middeke von der Gewerkschaft ver.di. Am 12. November wurde wieder am Standort Leipzig gestreikt.

Wie schon früher geben die Bosse sich betont gelassen. Allein in der Vorweihnachtszeit 2014 wurden 10.000 zusätzliche SaisonarbeiterInnen als StreikbrecherInnen

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

angeheuert. Aber Streik wirkt: Er kämpft wurden (noch zu geringes) Weihnachtsgeld, BetriebsrätInnen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (Klimaanlagen, Pausenräume), und (auch noch zu geringe) „Lohnanpassung“. Die Beschäftigten vernetzen sich international, machen Druck und ver.di sagt auf Flyern „Wir legen noch zu, versprochen!“ Die Wut der Beschäftigten ist enorm, und sie machen die Erfahrung, dass kämpfen sich lohnt und notwendig ist – und zwar kollektiv und international. Auch die Gewerkschaftsbürokratie wird in organisierte Kämpfe gezwungen. Die uns gut bekannten Ausreden („wir würden ja was organisieren, aber die KollegInnen wollen nicht“) wurden bei Amazon ganz konkret in Urabstimmungen und Streikversammlungen entkräftet. Wenn ver.di es mit dem „noch zulegen“ ernst meint, müssten längere Streiks an allen Standorten zugleich organisiert werden, um den nötigen ökonomischen Druck auszuüben.

Helga Schröder

Alle Jobs verteidigen ist unser Ziel.Punkt!

Die Zielpunktleite bedeutet für rund 3.000 Beschäftigte: langes Warten aufs Geld und Arbeitslosigkeit.

haben ihr Millionenvermögen aus dem Unternehmen bekommen. Erwirtschaftet von den Be-

ab, die KollegInnen sind den Job los und müssen Schulden machen! Tragisch ist das Verhalten der Gewerkschaft, die sich auf Rechtsberatung beschränkt. Die Rettung der Jobs ist nicht einmal Thema für die GPA-djp. Dabei ist das angesichts der Rekordarbeitslosigkeit mittelfristig die zentrale Frage.

um Erfolge zu erkämpfen. Pfeifen wir aufs Betriebsgeheimnis, das nur dazu dient, die Machenschaften der Chefs zu verschleiern: Die Finanzunterlagen des Pfeiffer-Konzerns gehören von VertreterInnen von Belegschaft und Gewerkschaft geprüft. Dann ist rasch klar, wo das Geld gelandet ist. Auch die KollegInnen des restlichen Pfeiffer-Konzerns würden davon profitieren. Um die Hypo zu retten, wurde sie verstaatlicht. Das geht auch bei Zielpunkt. Und wenn ein solcher Betrieb durch Belegschaft, Gewerkschaft und KundInnen-VertreterInnen verwaltet und kontrolliert wird, dann funktioniert er sicher nicht schlechter, als die „privat“ geführten.

Sonja Grusch

Wütende Beschäftigte und solidarische KundInnen: Eine gute Voraussetzung für eine kämpferische Kampagne.

Das Vorgehen des Eigentümers Georg Pfeiffer, Nr. 43 auf der Liste der Superreichen Österreichs, zeigt: es ging v.a. darum, die wertvollen Immobilien herauszuholen und sich Zielpunkts, der Beschäftigten und der Schulden zu entledigen. Der Pfeiffer – wie auch der Tengelmann-Konzern (früherer Zielpunkt-Besitzer)

beschäftigten. Doch hat es einmal die Sphäre des Unternehmens verlassen, ist es plötzlich „Privateigentum“, das für die Verluste der Firma nicht mehr herangezogen werden kann. Warum?

Zielpunkt zeigt auch, dass es kein „Unternehmerisiko“ gibt, wohl aber ein „ArbeiterInnenrisiko“. Pfeiffer putzt sich

Nötig ist eine offensive Kampagne zur Rettung der Jobs und für die sofortige Auszahlung aller Ansprüche der KollegInnen. Zentral ist die Forderung, dass Pfeiffer (und Tengelmann) zahlen müssen. Das mag im rechtlichen Rahmen des Kapitalismus nicht vorgesehen sein – darum braucht es eine entschlossene Kampagne,

Schluss mit den niedrigen Lohnabschlüssen!

Die Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsverhandlungen 2015 ist erschreckend: Metallbranche 1,5 %, Handel 1,5%, Grundgehälter in der Werbeindustrie 1,3%, Öffentlicher Dienst 1,3%. Traditionell orientierte sich die gewerkschaftliche Lohnpolitik an der „Benya-Formel“. Demnach müsste die jährliche Steigerung der Löhne und Gehälter die Inflationsrate und die Hälfte des Produktivitätszuwachses abdecken. Die Idee: die Beschäftigten sollten einen

Anteil an Wachstum erhalten, und das soll die Wirtschaft stabilisieren.

Die Formel wird schon lang nicht mehr eingehalten. Die Wirtschaftskammer ging noch vor kurzem von einer Teuerungsrate von 1,5% (2015) bzw. 1,6 % (2016) aus. Die AK-Oberösterreich hat berechnet, dass die Steigerung der Produktivität seit 2000 nur zur Hälfte abgegolten wurde. Die Benya-Formel ist ein sehr braver Ansatz,

doch nicht einmal dafür kämpft die Gewerkschaft, weil sie in ihrer Strategie so fest in den kapitalistischen Begehrlichkeiten verhaftet ist. Auf der anderen Seite stehen die vielen KollegInnen, die ihre Kampfbereitschaft signalisiert haben. Die Gewerkschaftsführung ignoriert das, darum müssen wir uns selbst an der Gewerkschaftsbasis organisieren und für höhere Abschlüsse kämpfen.

Michael Gehmacher



„Solidarität kennt keine Grenzen!“

„Das Thema ‚Flucht‘ ist ein zentrales und wird es auch in der Zukunft bleiben. Auch wenn die Hilfsbereitschaft vieler enorm ist, so gibt es auch viele Ängste. Angst um den Job, die Wohnung, die Zukunft“, erklärt ein Antrag, den die SLP bei gewerkschaftlichen Versammlungen verbreitet. Diese Ängste sind berechtigt, aber nicht neu. Es handelt sich nicht um eine Flüchtlings-, sondern eine Wirtschaftskrise: Schon vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen sind Armut und Arbeitslosigkeit auf ein Rekordhoch geklettert und Mietpreise explodiert. Der Grund sind sinkende Investitionen, Betriebsschließungen, Stellenabbau, Spekulation mit Wohnraum und Kürzungspolitik. Die Reichen versuchen, ihre Profite zu retten; als Sündenböcke sollen Flüchtlinge herhalten. Es ist die Aufgabe der organisierten ArbeiterInnenbewegung, die Spaltungsversuche von UnternehmerInnen, PolitikerInnen und Medien, zu kontern. Weil die Grenzen tatsächlich zwischen oben und unten verlaufen, fordert der Antrag Geld für Flüchtlingsbetreuung, Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen und ein öffentliches Investitionsprogramm, um Jobs für alle zu schaffen. Denn: „Die Reichen werden in Öster-

reich pro Tag um 80 Millionen reicher: Fluchtversucher und Superreiche sollen zahlen“.

Die Initiative der SLP wird von linken GewerkschafterInnen aufgegriffen. SLPlerInnen sind auf diversen Gewerkschaftsveranstaltungen sehr präsent, diskutieren, sammeln Unterschriften. Der Antrag wird beim GPA-djp Bundesforum und der Vollversammlung der Wiener AK angenommen. Bei der ÖGJ-Jugendvertrauensleutekonferenz und GdG-Gewerkschaftstag können wir zwar keinen Antrag stellen, sammeln aber knapp 200 unterstützende Unterschriften. Insgesamt können wir auch weit über hundert Zeitungen verkaufen. Das zeigt, dass das Thema vielen GewerkschafterInnen unter den Nägeln brennt.

ÖGB & AK können mit der großen Reichweite ihrer Medien und den Betriebsratsstrukturen rechte Hetze als Spaltungsinstrument entlarven und das Klassenbewusstsein stärken. Auch das fordert unser Antrag. Damit der Antrag nicht lahmes Papier bleibt, ist der logische nächste Schritt die Vorbereitung von Protesten gegen Verschärfungen im Asylrecht – in Verbindung mit dem Kampf um die Milliarden, die eine reiche Minderheit bunkert. **Flo Klabacher**



Antifaschismus im Weinberg

Einige hundert Rechte marschierten am 15. 11 in Spielfeld auf, organisiert von den Identitären, dabei auch FPÖler und Schlägernazis. Die Offen-

brutalen Angriffen der Rechten, es gab mehrere verletzte AntifaschistInnen. Die Polizei ging nicht gegen die Rechten vor. Am Spielfelder Bahn-

organisieren. Doch unsere Vorschläge waren in der Minderheit und in Folge auch die Linke in Spielfeld. Die Hauptverantwortung dafür trägt die

Die österreichische Linke muss ihre Lehren aus Spielfeld ziehen.

sive gegen Rechts organisierte eine Demonstration dagegen, an der sich auch die SLP beteiligte. In Gesprächen mit PassantInnen und AnrainerInnen machten wir klar, dass durch Zäune und Rassismus keine sozialen Probleme gelöst werden.

Im Zuge von politischen Aktionen, um den faschistischen Aufmarsch zu verhindern, kam es zu

hof wurden dann aber linke DemonstrantInnen grundlos von der Polizei eingekesselt.

In den Tagen vor der Demonstration versuchte die SLP durch Kundgebungen möglichst viele Menschen nach Spielfeld zu mobilisieren und von der Gewerkschaft Vida einen Sonderzug für die DemonstrantInnen zu or-

in der Steiermark starke KPÖ, die die Demonstration nicht beworben hat und sich auch nicht an ihr beteiligt hat. Das Aufgreifen sozialer Probleme und die Mobilisierung durch Gewerkschaften und in der lokalen Bevölkerung ist nötig, um die nächsten rechtsextremen Mobilisierungen zu stoppen.

Nicolas Prettner

Linz: Proteste gegen christlichen Fundamentalismus

AktivistInnen der SLP und des Bündnisses „Linz gegen Rechts“ protestierten am 28. November für Frauenrechte. Anlass war eine „Lichterkette für die Ungeborenen“ durch die Linzer Innenstadt, veranstaltet von den christlichen FundamentalistInnen von „Jugend für das Leben“.

Deren Abschlusskundgebung vor der Karmelitenkirche wurde von Sprechchören, Transparenten und Schildern begleitet. Aufmerksam ge-

macht wurde auf die sehr reale Gefahr, die von radikalen AbtreibungsgegnerInnen ausgeht. Nur einen Tag zuvor waren bei einem Anschlag auf eine Frauenklinik in Colorado (USA), in der auch Abbrüche durchgeführt werden, drei Menschen getötet worden. Auf Schildern machten wir auch klar – „Abtreibungsverbot heißt Frauenmord“. Auch dafür bekamen wir viel Zuspruch von PassantInnen, die sich teils sogar beteiligten.



Termin des Monats



Rechtes Treffen stoppen!

Die selbsternannten „Grenzschützer“, die neofaschistischen Identitären, planen für 16. Jänner eine „Konferenz zur Lösung der Asylkrise“. Es wird, wie schon ihre Demos, ein Treffen des rechtsextremen und Neonazi-Lagers werden. Ihre „Lösung“ ist Nationalismus und Gewalt. Ganz im Sinne von „Wehret den Anfängen“ gibt es eine antifaschistische Mobilisierung in und nach Graz.

16. Jänner 2016 in Graz

Wenn auch du etwas tun willst gegen die rechte Gefahr, dann melde dich bei uns: Anmeldung unter slp@slp.at

Der Advent ist die große Zeit des Spendensammelns. Mit Inseraten, Postwurfsendungen und auf Weihnachtsmärkten wird man aufgefordert, Hilfsprojekte zu unterstützen. In erster Reihe stehen die katholische Kirche und ihre Vorfeldorganisationen. Dieselbe Kirche, die um ein paar Euro für die Armen bittet, ist allerdings eines der größten, reichsten und privilegiertesten Unternehmen Österreichs. Neben laufenden Einnahmen von jährlich rund 600 Millionen Euro kann sich auch das Vermögen der Kirche an Immobilien, Grund und Boden sehen lassen. In Österreich besitzt die katholische Kirche 215.000

Rote Seitenblicke

Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche mit einem Marktwert von schätzungsweise 2,5 Milliarden Euro. Dazu kommen rund 200 000 Hektar Bauland, oft in Top-Lagen, mit einem kaum abschätzbaren Marktwert von vielen Milliarden. Das flüssige Finanzvermögen der Kirche beläuft sich hierzulande auf rund 1,6 Milliarden Euro, dazu kommt Immobilienbesitz im Wert von mindestens einer halben Milliarde. Und, last but not least, Unternehmensbeteiligungen: Die Kirche besitzt in ganz Österreich zahlreiche Unternehmen, darunter die Mediengruppe Styria und in Mehrheitsbesitz die Privatbank Schelhammer & Schattera. Via letzterer streicht die Kirche Millioneneinnahmen aus Lotterien und Casinos Austria ein. Vieles davon steuerbefreit. Wenn die katholische Kirche dazu aufruft, Arme und Kranke finanziell zu unterstützen, dann täte sie gut daran, dabei mit ihrem eigenen gewaltigen Vermögen anzufangen.

Fabian Lehr



Happy Birthday Rock'n' Roll

Am Beginn vor 60 Jahren war Rock'n' Roll mehr Schlagwort als eigenständiges Genre. Die ersten Elvis-Hits wurden in den Western & Country-Hit-

chig“, „unehrenhaft“. Für die Kids aus der ArbeiterInnenklasse aber war es eine großartige Chance. Im Gegensatz zu bürgerlichen Jugendlichen hatten sie keine

maschine in Birmingham verlor er seine Fingerkuppen, konnte nur mehr mit einer heruntergestimmten Gitarre spielen. Der Metal war geboren! 1979 kam in

sik-Helden stammten oft aus der Arbeiterklasse und hier nicht selten aus den schlimmsten Ecken.

Hat der Rock die Welt verändert? Die Jugendproteste der 1950er bis zur Punk-Bewegung waren von ihm getragen und undenkbar ohne ihn. Seit Ende des 20. Jahrhunderts ist Rock'n' Roll allerdings, was seine sozialkritische Funktion und Basis angeht, zunehmend vom Rap eingeholt worden. Viele Musikstars sind reich und etabliert geworden, ihre Themen haben sich geändert. Das Verhältnis von Musik, Jugendkultur und Politik ist aber nach wie vor ungebrochen. Musik beeinflusst uns, ist aber selbst auch ein Produkt der Lebensumstände, aus denen sie kommt.

Albert Kropf

„Wenn du die Welt verändern willst, musst du hinausgehen und sie ändern. Musik wird sie nicht verändern.“ (Pete Townshend)

paraden geführt. Doch Rock'n' Roll hat die Welt umgekrempelt. Für die Jugend war er von Beginn an eines, und darin liegt auch seine soziale und politische Sprengkraft: Rebellion!

Rock'n' Roll kann sich mit etwas Talent selbst beigebracht werden. Damit stand er für Jugendliche aus der Unterschicht offen. Die Musikbranche war „anrü-

rosigen Zukunft. Ozzy Osborne schreibt, dass „Angst davor, fünfundvierzig Jahre lang in einer Fabrik zu arbeiten und dann gebrochen und ohne einen Penny zu sterben“ ein Hauptantrieb für ihn war.

Der typische Black Sabbath Sound hängt mit einem Arbeitsunfall des Gitarristen Tony Iommis zusammen. An der Stanz-

Britannien Thatcher an die Macht und sagte der Stahl- und Schwerindustrie den Kampf an. Das 1980er Album „British Steel“ von Judas Priest aus Birmingham ist eine Warnung an Thatcher: Greif die Stahlarbeiter an und du schneidest dich! Metal-Pionier Thomas Such fuhr im Ruhrpott zuerst ins Kohlebergwerk ein, dann in den Proberaum. Die Mu-

FIFA-Skandal erreicht Deutschland

Der mit dem suspendierten FIFA-Präsidenten Sepp Blatter begonnene Weltfußballskandal hat sich ausgeweitet. Er hat nun regionale und nationale Fußballverbände erreicht – einschließlich Deutschland.

Viele Weltmeisterschaftsbewerbungen der vergangenen Jahre wurden von Skandalen begleitet. Tausende unter sklavenähnlichen Bedingungen schuftende WanderarbeiterInnen sind während der Vorbereitungen für Katar

2022 gestorben. Russland 2018 füllte die Taschen der dortigen Oligarchie. Und sowohl Brasilien 2014 also auch Südafrika 2010 wurden zur Zerstörung von Wohnraum und zu Angriffen auf arbeitende Menschen genutzt.

Vielen haben Deutschland 2006 für die letzte „saubere“ WM gehalten. Aber jetzt wissen wir, dass der deutsche Fußballbund 7,6 Millionen Euro an die FIFA „geliehen“ hat, um sich die WM-Vergabe zu sichern.

Und dann noch der VW-Abgasskandal und das letzte Versagen Deutschlands beim Flüchtlingsthema. Das Saubermann-Image des deutschen Kapitalismus ist dahin. Trotz aller Propaganda: Die deutschen KapitalistInnen sind nicht anders, als jene der USA, oder irgend eines anderen Landes. Nur eine demokratisch verwaltete Wirtschaft kann uns einen Sport und eine Wirtschaft im Dienst der Mehrheit der Menschen bringen.

Brettos





Syrien – Ein Land im Chaos des Krieges

Seit 2011 tobt in Syrien ein blutiger Bürgerkrieg. Bis jetzt ist kein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen, im Gegenteil, die Lage verschlimmert sich von Tag zu Tag. Während zahlreiche lokale Kräfte von verschiedenen Seiten finanziert und bewaffnet werden, (regional-) imperialistische Staaten nicht nur indirekt, sondern auch vermehrt direkt in den Krieg eingreifen, tragen vor allem die syrische

Bis heute ist diese Zahl weiter gestiegen. Die letzten offiziellen Studien zur sozialen, ökonomischen und politischen Lage wurden 2014 veröffentlicht.

Die Wirtschaft liegt vollkommen am Boden. Große Teile der Industrie wurden zerstört, genauso wie die Infrastrukturen von Spitälern, Telekommunikation und besonders des Bildungsreiches.

hart umkämpften Aleppo, 94% bzw. 90% der Kinder nicht die Schule. Syrien hat eine extrem junge Bevölkerung, denn über 50% sind unter 24. Besonders ihre Zukunft wird in den Schrecken des Krieges geraubt.

Durch den rasanten Anstieg der Preise von Grundnahrungsmitteln, dem ökonomischen Zusammenbruch und das Morden von allen Seiten werden immer mehr Menschen zur

nehmen. Alleine der Libanon, flächenmäßig acht mal kleiner als Österreich und mit einem fast 17 mal kleineren BIP, hat seit Beginn des Bürgerkriegs 1,5 Millionen SyrerInnen aufgenommen. Doch auch in den riesigen Flüchtlingslagern haben die Menschen keine Perspektive auf eine bessere Zukunft. Sie sind gefangen zwischen Elend und Elend. Die EU errichtet Grenzzäune, kürzt die Hilfsgelder für die Flüchtlingslager und schickt stattdessen gemeinsam mit ihren Komplizen Flugzeuge um „Frieden“ herbeizubomben.

Die soziale Krise ist ein wesentliches Zahnrad im Motor, der den Bürgerkrieg am Laufen hält.

Die einzige stabile Einkommensquelle, die es aus der Zeit vor dem Konflikt noch gibt, sind die Gehälter durch das Assad-Regime. Seit 1971 an der Macht, hat sich dieses einen riesigen Staatsapparat aufgebaut, um sich seine diktatorische Herrschaft zu sichern.

Dort, wo die Regierung heute keinen Einfluss mehr hat, sind es die zahlreichen verschiedenen Banden, Terrorgruppen und Rebellen, die mit Geld lokal-/imperialistischer Mächte finanziert werden und somit Sold auszahlen können. Auch der IS lockt mit Geld & Autos. Abgesehen von finanzieller Unterstützung von Verwandten aus dem Ausland, ist oft die einzige Möglichkeit an Geld zu kommen, sich einer der Milizen anzuschließen. Viele kämpfen und morden also nicht aus Überzeugung, sondern auch um zu überleben und dafür zu sorgen, dass die Familie Nahrungsmittel kaufen kann. Weitere Bomben imperialistischer Mächte werden an dieser Situation nichts ändern, sondern neben der sozialen Katastrophe noch die ethnisch-religiöse Spaltung vertiefen. Es gilt daher, Sand ins imperialistische Getriebe zu streuen, nicht Öl ins Feuer zu gießen.

Stefan Gredler

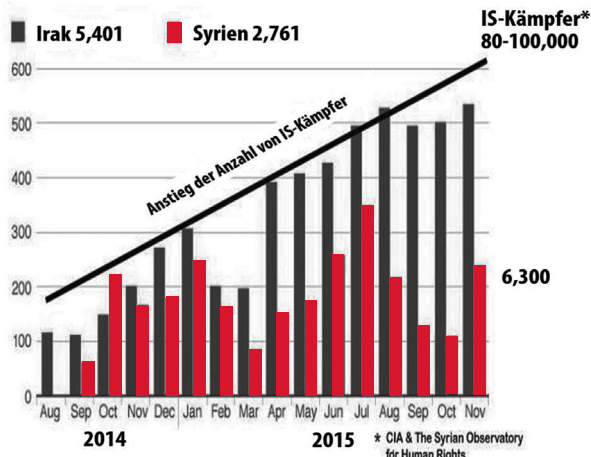
Menschen flüchten vor sozialer Katastrophe und Krieg. Kriegstreiber profitieren. Mehr Bomben ändern nichts!

ArbeiterInnenklasse, die Landbevölkerung, die Armen und die Jugend die schwere Last des blutigen Konflikts. Sie sind es, die am meisten unter Krieg, Terror und der bitteren sozialen Lage leiden.

2013 lebten 75% der Bevölkerung in Armut.

In dem ehemaligen Vorzeigeland der Bildung im arabischen Raum ist es mehr als der Hälfte der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen unmöglich, in die Schule zu gehen. 2013 besuchten in Städten wie Ar-Raqqa, der Hochburg des IS in Syrien, oder im seit Beginn des Krieges

Flucht getrieben. Offiziell haben über vier Millionen Menschen das Land verlassen, 7,6 von rund 21 Millionen (Gesamtbevölkerung 2010) Menschen sind innerhalb der syrischen Grenzen geflohen. Es sind die Nachbarländer Syriens, welche die meisten Flüchtlinge auf-

Luftangriffe im Irak und Syrien

Zahlen und Fakten

- Syrische Armee: trotz allgemeiner Wehrpflicht mittlerweile überwiegend alawitisch.
- Milizen wurden von Anfang an aufgebaut. Sie selbstständigen sich unter regionalen Warlords, die sektiererische Morde begehen, immer mehr.
- Die ursprünglich starke Freie Syrische Armee zerfällt unter Druck von Assad und IS zunehmend. Lokal unterschiedliche Kooperationen; tlw. mit YPG/PYD; tlw. westliche Unterstützung.
- Islamische Front: Bündnis unter Führung der Muslimbruderschaft. Hat Unterstützung aus einigen Golfstaaten und kämpft sowohl gegen IS als auch Assad.
- Jabhat an-Nusra: syrischer al-Qaida-Ableger. Trotz (wegen?) der sektiererischen Kriegsführung starke Unterstützung vom Golf. Kampf gegen Assad, IS, KurdInnen und andere Oppositionsgruppen
- Der Kern des „Islamischen Staats“ spaltete sich 2013 von an-Nusra ab und kämpft heute v.a. gegen Rebellen-gruppen – v.a. YPG/PYD – und auch gegen Assad. Eroberte Gebiete werden ethnisch und religiös gesäubert; Ausweitung des Krieges auf große Teile Iraks.
- V.a. im Nordosten des Landes kontrollieren kurdische Einheiten der YPG/PYD große Gebiete. Im Gegensatz zu allen anderen kommt es zu keinen systematischen ethnisch-religiösen Säuberungen. Einzwängung durch IS, Assad und türkischem Imperialismus.
- Die libanesisch-schiitische Hisbollah-Miliz kämpft v.a. im Grenzgebiet an der Seite Assads. Damit steigt die Gefahr der Eskalation im Libanon
- Iran unterstützt Assad; einer der wichtigsten Verbündeten in der Region.
- Russland braucht das Überleben des Assad-Regimes und bombardiert an seiner Seite Stellungen von IS und Oppositionsmilizen.
- USA und EU gaben zuletzt schrittweise die Forderung nach Sturz Assads und die Unterstützung (vermeintlich) gemäßigter Oppositioneller schrittweise auf. Bombardieren Stellungen von IS und anderen Milizen.
- Die Golfstaaten verurteilen zwar den IS-Terror, stellen aber einen großen Teil von dessen Finanzierung und Waffenlieferungen.
- Die Türkei unterstützte anfangs diverse Oppositionsgruppen und leistet heute dem IS Schützenhilfe gegen die kurdische Bewegung. Bombardiert YPG/PYD-Stellungen.

Syrien: Eliten führen Krieg für ihre Interessen

Seit 2011 tobt in Syrien ein weitgehend sektiererischer, großteils entlang ethnisch-religiöser Bruchlinien geführter Bürgerkrieg. Das Überschwappen des Konfliktes auf die Nachbarländer und das Entstehen des „Islamischen Staates“ (IS) zeigen

die durch enge Verbindungen zu Staatsführung und Präsidentenfamilie bemerkenswerten Reichtum angehäuften hatte. Die zweite Stütze des Regimes ist der überdimensionierte Militärapparat – 2010 gingen 25,39% der Staatsausgaben ans Militär; 6,69% der na-

nale Verbündete von der es im zunehmend westlich-saudisch dominierten Nahen/Mittleren Osten nicht mehr viele gibt. Ähnliches gilt für Russland, das in gewissem Sinne die alte Partnerschaft des Kalten Krieges weiterführt und sich neben einem Verbündeten in der Region vor allem den direkten Zugang zum Mittelmeer über die Marinebasis in Tartus sichern will.

Nach dem Zerfall des Irak in Folge der vom Imperialismus losgetretenen Kriege war die jahrzehntelange Stabilität der Region Geschichte und die verschiedenen regionalen und internationalen Mächte versuchten sich ihr Stück vom Kuchen zu holen. Die weitgehend zersplitterte Opposition, die ohne konkretes Programm und vollkommen ohne Organisation angetreten war, hatte wenig aufzuweisen. Unabhängige Organisationen der ArbeiterInnenbewegung waren zu schwach, um eine zentrale Rolle zu spielen.

Der westliche Imperialismus verhielt sich zu den Ereignissen ambivalent. Ähnlich wie Gaddafi in Libyen war das Assad-Regime zwar kein verlässlicher Verbündeter des Westens, jedoch v.a. als Garant für Stabilität tolerabel. Die neoliberalen Reformen von Assad hatten v.a. eine syrische Elite reich gemacht. Westliche Investitionen in privatisierte Betriebe blieben aber hinter den westlichen Begehrlichkeiten zurück. Angesichts der Desintegration des Landes entschloss man sich in Washington, London und Ber-

Die Interventionen regionaler und internationaler Mächte...

ebenso wie die ausländischen Militärinterventionen, dass auf dem syrischen Schauplatz heute einige der großen regionalen und globalen Konflikte ausgetragen werden.

Der syrische Konflikt begann Anfang 2011 als regionaler Aufstand verarmter Teile der Bevölkerung gegen das Regime. Viele hofften, wie in Ägypten und Tunesien, einen Bruch innerhalb des Regimes zu verursachen, der letztlich zum Sturz des Diktators und in Folge demokratischen Spielräume führen würde. Der Grund, warum dies in Syrien nicht gelang war nicht – wie rechtsextreme und stalinistische Assad-Fans behaupten – ein vermeintlich säkular-progressiver Charakter des Regimes und daher breitere Unterstützung für dieses, sondern die besondere sektiererisch-kapitalistische Herrschaftskonstruktion des baathistischen Syrien. Die wirtschaftliche Liberalisierung seit den 90er Jahren hatte eine bürgerliche Schicht hervorgebracht,

tionalen Arbeitskraft war bei den Streitkräften, eine Quote, die weltweit nur von Irak, Nordkorea und Eritrea übertroffen wurde. Beide hatten kein Interesse an einer Opposition zum Regime.

Für die Masse der Bevölkerung hatte der syrische Neoliberalismus die Zerstörung von Lebensgrundlagen bedeutet. 2007 lebten 35,2% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (+14,49% seit 2004). Für sie war der Kampf um soziale Gerechtigkeit mit jenem um demokratische Rechte aufs engste verbunden. Von Anfang an begegnete der Staatsapparat den Demonstrationen mit Gewalt. Trotz zahlreicher Desertionen auf niedriger Ebene blieb der Apparat intakt. Diesem hatten die RevolutionärInnen wenig entgegenzusetzen. Im schrittweise eskalierenden Bürgerkrieg fand das Assad-Regime Unterstützer in Russland, einem Gläubiger Syriens, und Iran. Für die Diktatur in Teheran ist Assad der wichtigste regio-



lin dafür, Teile der Opposition nun aktiver zu unterstützen.

Das Auftreten des „Islamischen Staates“ und sein Versuch seine barbarische Utopie in Syrien und im Irak zu realisieren, war eine der wichtigsten Konsequenzen der sektiererischen Logik des Konfliktes. Dabei hat die Organisation wenig mit dem Islam zu tun; auch sind die allermeisten Opfer Muslime. Der IS ist vielmehr eine terroristische Wirtschaftsmafia. Die Ausplünderung der Region

Linie der Befriedung der Region, um sie zu stabilisieren und dadurch weitere internationale Auswirkungen, die für die Herrschenden und die Wirtschaft negative Folgen hätten, einzudämmen. Dafür wird die Anfangs unliebsame Diktatur wieder zur bevorzugten Alternative und zum möglichen Garanten für Stabilität angedacht. Dass Syrien strategisch gut liegt, um Europa von russischen Öllieferungen unabhängiger zu machen, ist ein günstiger Nebeneffekt.

Für das türkische Regime, das lange ein enger

tatur Syrien als nächsten Schauplatz des großen regionalen Konfliktes zwischen schiitischem und sunnitischen Kapital, der seit Pandoras Büchse 2003 im Irak geöffnet wurde die Region überschattet. Tatsächlich geht es aber nicht um den uralten religiösen Streit aus dem 8. Jahrhundert, sondern darum, dass verschiedene regionale Kapitalfraktionen die sektiererische Konstitution der Gesellschaften ausnützen, um sich (vermeintlich) stabile Partner zu suchen um ihre strategischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Während die schiitischen Quds-Brigaden aus Teheran eingeflogen wurden und die libanesisch-schiitische Hisbollah-Miliz die Grenze überschritt, um an der Seite Assads zu kämpfen, bewaffneten und finanzierten die Golfstaaten sunnitische Milizen.

Die erdrückende Logik des sektiererischen Bürgerkriegs, die bereits in der Struktur des Regimes weitgehend angelegt war, wurde dadurch um ein Vielfaches gesteigert. Angesichts der aktuellen weiteren Eskalation – durch das offene Eingreifen Russlands und das verstärkte Eingreifen des Westens – ist es notwendig zu betonen, dass der Krieg und alle seine schrecklichen Folgen nicht durch ausländische Militärinterventionen gelöst werden können. Diese verschärfen die Lage nur, es wird nur eine weitere Ebene addiert, die Tod und Vertreibung noch steigert.

Georg Maier

... verschärften den sektiererischen Bürgerkrieg.

– auch über den Verkauf von Öl an türkische und westliche Energiekonzerne – finanziert den Krieg der Miliz, die sich zudem auf (zumindest informelle) türkische Unterstützung beim Kampf gegen die syrischen KurdInnen verlassen kann.

Die vom IS ausgehende Gefährdung westlicher strategischer Interessen und die Anschläge in Europa haben auch EU/USA als aktive Teilnehmer in den Konflikt gebracht. Zynisch behaupten Obama, Cameron und Hollande in Syrien die Menschenrechte herbeizubomben, während sie ihre Grenzen für jene Menschen dicht machen, die vor den Zerstörungen und den Morden in ihrer Heimat fliehen. Der „Krieg gegen den Terror“ dient aktuell tatsächlich in erster

Partner Assads war, geht es um die Stärkung der eigenen Rolle als Regionalmacht. Die Doppelstrategie gegen Assad und gegen jegliche kurdische Selbständigkeit macht das Erdoğan-Regime dabei zunehmend zu einem – zumindest informellen – Partner des IS. Im Mittelpunkt steht der Anspruch in einem, durch den Zerfall Iraks und Syriens neu geordneten, Nahen Osten zur dominanten Regionalmacht zu werden.

Das wollen andere auch: In das anfängliche politische Vakuum stießen die fundamentalistischen Regimes am Golf, die Verbündeten des Westens; hier insbesondere das Saudische Königreich und Katar. Die beiden sunnitisch-fundamentalistischen Staaten wählten ebenso wie die schiitische iranische Dik-



Marx aktuell

Der Austromarxist Rudolf Hilferding veröffentlichte 1910 mit „Das Finanzkapital“ ein wesentliches Werk zur Imperialismustheorie, dass auch eine Grundlage für Lenins oder Bucharins Analyse darstellte. Hilferding beschreibt darin die Entwicklungen der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten, von einem konkurrierenden Kapitalismus hin zum Monopolkapitalismus, also den Aufstieg von Aktiengesellschaften und Finanzkapital. Durch multinationale Akteure wie Konzerne und Banken werden kleine Unternehmen verdrängt und es kommt zur Monopolisierung (als dominanten Trend, was nicht bedeutet, dass es nicht auch Klein- und Mittelunternehmen gibt). Jeder Winkel der Welt ist dem Kapitalismus unterworfen, auch wenn in vielen Gegenden noch feudale und mittelalterliche Herrschaftsstrukturen regieren.

Lenins Imperialismustheorie ist hochaktuell

Lenin hat diese Ansätze in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ noch weiter entwickelt. Er erklärt, dass der Imperialismus das monopolistische Endstadium des Kapitalismus sei und es zu einer Ablösung der freien Konkurrenz kapitalistischer Unternehmen kommt. *„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, auf der die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausbildet, der Kapitalexport eine hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde zwischen den größten kapitalistischen Ländern abgeschlossen ist.“* (Lenin 1917, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus).

Lenin charakterisiert Imperialismus u.a. als Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital zum Finanzkapital. Doch das ändert nichts an der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Besonders in Krisenzeiten ist die Schaffung neuer Märkte oder Rückgewinnung dieser mithilfe von Krieg für das Kapital überlebensnotwendig. Fehlen diese Märkte im Produktionssektor, so weicht man auf die Finanz- und Aktienmärkte aus. Für die Debatte über Syrien besonders wichtig ist die Analyse, dass im imperialistischen Stadium des Kapitalismus die einzelnen kapitalistischen Staaten als verlängerter Arm „ihrer“ Unternehmen auf der Suche nach neuen Märkten in Konflikt mit anderen imperialistischen Mächten kommen. Russlands Kredite an Syrien sind Ausdruck des imperialistischen Kapitalexports. Die Konflikte zwischen den verschiedenen Akteuren in Zusammenhang mit Syrien haben weder etwas mit Religion, noch mit Menschenrechten zu tun, sondern folgen der ökonomischen Notwendigkeit der imperialistischen Staaten. Es geht um Einfluss, (potentielle) Zugriff auf Märkte und aktuell um Stabilität. Wichtig ist, dass alle wichtigen marxistischen TheoretikerInnen Imperialismus nicht nur als ein Zeichen der militärischen Dominanz mancher weit entwickelten kapitalistischen Staaten über andere sehen, sondern gerade die ökonomischen oder auch geopolitischen Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Doch die internationalen monopolistischen, kapitalistischen Verbände und Staaten, die den Weltmarkt unter sich aufteilen bzw. um eine Neuaufteilung streiten, sind auch bereit, diese Ansprüche militärisch durchzusetzen – auch das ein wesentlicher Punkt in Lenins Imperialismustheorie.

Theresa Reimer



Syriens Desaster fordert die globale Antikriegs-Bewegung

In der öffentlichen Debatte zu Syrien wechseln Ohnmacht und Zynismus. So titelt 'Die Zeit': „Syrien ist nicht mehr zu retten“. Die Darstellung des Nahen Ostens ist geprägt von imperialistischer Überheblichkeit und rassistischen Klischees über „un-moderne“ AraberInnen. Dabei sind gerade die Interventionen des Imperialismus

sche Partei. Letztere behauptete in stalinistischer Manier „warten“ zu müssen, bis sich bürgerliche Demokratie und Kapitalismus voll entwickelt haben und wurde in Folge bedeutungslos, und die Baath konnte ab den 60ern ihre Herrschaft festigen. Zwar stützte sie sich auf eine Spielart des schiitischen Islam, dennoch spiel-

die Zivilbevölkerung treffen, wird der IS gestärkt, die Elemente von Ernüchterung und Desertion sogar zurückgedrängt.

Vom Imperialismus ist keine Lösung zu erwarten. Der aktuell organisierte positive Ansatz ist die kurdische PYD und ihre bewaffneten Einheiten, die einen nicht-ethnischen Kampf zu führen. In die

mit dem Kapitalismus entwickeln. Hier gilt es bei den kämpferischen Traditionen der ArbeiterInnenbewegung in der Region ebenso anzusetzen, wie bei Protesten der jüngsten Zeit: die größten Demonstration seit langem in Afghanistan, die sich gegen den Terror des IS richten. Massenproteste im Libanon, Irak und Kurdistan, die sich ausgehend von sozialen Problemen rasch gegen die korrupten Regierungen richteten und neue Klassenkämpfe in Ägypten. Der Wahlerfolg der linken HDP in der Türkei... Eine neue Welle des arabischen Frühlings ist die beste Grundlage im Kampf gegen den IS.

Und es braucht einen Frieden, der jegliche imperialistischen Ansprüche zurückweist und den Schutz aller Minderheiten umfasst. Eine Voraussetzung dafür ist auch eine internationalistisch ausgerichtete Anti-Kriegs-Bewegung, die genügend Druck auf „ihre“ Regierungen ausüben kann. Der Imperialismus wird diesen Frieden nicht schaffen. Imperialistische Staaten und Konzerne machen Geschäfte mit dem IS und finanzieren ihn so. Die OMV besitzt das größte türkische Öl- und Gasunternehmen, in der Türkei wird ein großer Teil des IS-Öls verkauft. Un-

ternehmen wie die OMV müssen gezwungen werden, die Finanzunterlagen offenzulegen. Falls Geschäfte mit Verbrechern wie dem IS belegt werden, wird die Forderung nach vollständiger Enteignung und Verstaatlichung großen Anklang finden. Bürgerliche PolitikerInnen werden weder die Konten des IS effektiv sperren noch den IS enteignen. Auch dafür braucht es die Kontrolle von VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung. Denn v.a. Gewerkschaften sind gefordert; z.B. mit einer Kampagne gegen Waffenlieferungen und gegen die Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft mit den Regimes in der Region.

Durch Solidaritäts-Arbeit mit den Flüchtenden kann Kontakt mit jenen Menschen aufgenommen werden, die sich, nachdem ihr Überleben in Europa halbwegs gesichert sein wird, für Frieden und gegen die ethnischen Spaltungen einsetzen wollen. Ein jetzt erfolgreicher Austausch von (sozialistischen) Ideen sowie die gemeinsame Entwicklung einer Strategie von AktivistInnen in Europa und der syrischen Diaspora können zu einem späteren Zeitpunkt in Syrien bzw. den Folgestaaten Goldes wert sein.

Franz Neuhold

Welche Zukunft hat der Nahe Osten in einem Kapitalismus, der nur mehr Horror produziert?

verantwortlich für die Katastrophen. Die französische Herrschaft führte in den 1920ern zur Aufspaltung entlang ethnischer und konfessioneller Linien in fünf Rumpfstäaten. Teile und herrsche! Der Unabhängigkeit 1946 folgten Aufschwung in der Textilindustrie und Wachstum der ArbeiterInnenklasse. Starke Gewerkschaften erkämpften mit beachtlichem Tempo den 8h-Tag. Auch prägten soziale Konflikte die Landwirtschaft. Die Lage war explosiv, die Sowjetunion nach dem Weltkrieg gestärkt – also unterstützten die USA den Militärputsch gegen die junge Demokratie.

Die bedeutendsten politischen Kräfte Syriens waren Baath-Nationalismus bzw. Kommunisti-

te Religion in Syrien keine grundsätzlich andere, dominantere, Rolle als in Europa oder Amerika. Jede Lösung im Nahen Osten braucht einen Umgang mit Religion im folgenden Spannungsfeld: Die Verteidigung des Rechts auf freie Religionsausübung, das Recht, Religion abzulehnen und die Notwendigkeit, dass Religion kein Hindernis im Ringen um sozialen Fortschritt sein darf.

Die aktuelle imperialistische Kriegsführung aber verstärkt religiöse Spaltung. Da die Interventionen imperialistischer und regionaler Mächte immer entlang ethnischer/religiöser Grenzen verlaufen, werden die jeweiligen Opfer dem entsprechenden Fanatismus zugetrieben. Mit Bomben, die laufend

militärische Enge getrieben suchte sie aber nicht das Bündnis mit der internationalen ArbeiterInnenbewegung, sondern setzt auf eine Kooperation mit den US-Streitkräften sowie die Unterstützung Assads. Die Gefahr ist, dass bald auch die PYD/YPG von Teilen der sunnitischen Bevölkerung als Teil der ethnisch-geprägten Kriegsführung gesehen wird. Dies könnte wiederum den IS stärken.

Für den Wiederaufbau Syriens braucht es eine multi-ethnische Kraft mit Massenanhang, die den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung zeigt. Das mag auf die Schnelle wenig greifbar klingen, doch kann sich die einzig realistische Chance nur als Folge des Bruchs

Fallout: Beschränkter Horizont

Die Macher von Fallout haben ein Produkt erzeugt, das etwas kritischer und tiefgründer ist, als die meisten Videospiele. Denn auch dafür gibt's einen Markt. Angesiedelt knapp 100 Jahre nach dem 3. Weltkrieg im postnuklearen Amerika stellt die Serie unverblümt die Gräueltaten des imperialistischen Kapitalismus dar. Fast alles an der "Vorkriegsgesellschaft" ist eine Satire der Werte und Moralvorstellungen der 1950er: konservative Familienwerte, Individualität bloß durch Konsum, allgegenwärtige Paranoia vor einem Atomkrieg, völlig deregulierter Kapitalismus, atomar betriebene Haushaltsroboter (Mr. Handy), damit die Hausfrau mehr Zeit zum Fernsehen hat und die Softdrinkmarke "Nuka-Cola". Die Gier nach Profit führt zu einer gewaltigen Nachfrage nach Ressourcen, was zu zahlreichen Kriegen im Nahen Osten und im Endeffekt zu einem unlösbaren Konflikt mit China führt. In Fallout wird die ökonomisch schwächere UdSSR in das maoistische China integriert, was den kalten Krieg um viele Jahrzehnte verlängert. Das Herrschaftssystem wird nicht hinterfragt und in Kombination mit Nationalismus auf bei-

den Seiten ist die Eskalation nicht mehr zu vermeiden. Es kommt zum (sehr kurzen) 3. Weltkrieg, welcher nach wenigen Stunden mit der fast völligen atomaren Vernichtung der Erde endet.

Einer der interessantesten Aspekte der Serie waren stets die verschiedenen Fraktionen, deren Gesellschaftsformen und Konflikte. Von indigenen Stämmen, über religiöse Sekten, faschistische Regimes, bis hin zu einer "demokratischen" Republik, welche – um ihre kapitalistische Produktionsweise aufrecht zu erhalten – ständig neue Kriege um die übrigen Ressourcen führen muss.

Leider bleibt es in Fallout bei einer morbiden und zynischen Kritik. Jede postnukleare Gesellschaftsform im Spiel bleibt eine Klassengesellschaft, in der eine privilegierte Elite über die Ressourcen verfügt. Gerettete bzw. neu entwickelte Technologie und Ressourcen in kollektives und demokratisches Eigentum zu überführen und eine klassenlose Gesellschaft aufzubauen scheint jenseits des Fallout-Horizonts. So bleibt die Kritik ohne Antwort. Es liegt an uns, diese zu geben. Im Spiel und im echten Leben.

Jens Knoll



Italien: SchülerInnenproteste

Was war der Hintergrund der Proteste?

Renzis „Bildungsreform“ verpflichtet SchülerInnen technischer und berufsorientierter Schulen

pagne Resistenza Internazionale gespielt?

Der Protest in Genua am 17. November wurde komplett von uns organisiert. Das ist auch das Er-

erfolgreich, kämpferisch und inhaltlich radikal. Die Teilnahme wurde jedoch etwas durch die Niederlagen der letzten Jahre geschwächt.

Wie kann es jetzt weiter gehen?

Die Bildungsreform wurde gegen den Widerstand der SchülerInnen und LehrerInnen durchgesetzt. Die SchülerInnenbewegung ist leider insgesamt schwach und desorientiert. Wir brauchen Aktionsgruppen in jeder Schule. Auch wenn diese anfangs nur aus 2-3 Leuten bestehen, können sie sich vernetzen. So kann eine neue Generation entstehen, die die künftigen Proteste gegen die kapitalistische Kürzungspolitik tragen wird.

Vorwärts sprach mit Giuliano Brunetti von Controcorrente (italienische Schwesterorganisation der SLP).

dazu, 400 Stunden/Jahr gratis zu arbeiten, um ihren Abschluss zu bekommen. Interessensvertretungen von SchülerInnen und Beschäftigten sollen fast völlig abgeschafft werden.

Welche Rolle hat Controcorrente und die Jugendkam-

gebnis des Bankrotts der traditionellen SchülerInnenorganisationen, die sich weigerten, irgendeine Form von organisiertem Kampf aufzunehmen. In den letzten Monaten haben wir mit Flyern und Plakaten ein Netzwerk von AktivistInnen an Schulen aufgebaut. Die Demo war



„3,10 Euro Stundenlohn – Das ist moderne Sklaverei!“

Aynur Alilovski kandidiert an der Wiener Berufsschule Hütteldorferstraße zur Berufsschulsprechlerin. An die Gewerkschaft hat sie Forderungen: „Lehrlinge, die im Handel arbeiten, bekommen für 38,5 Stunden (!) 495 € ausbezahlt. Der Stundenlohn beträgt 3,10€. Das ist moderne Sklaverei. Runter mit den Stunden und eine höhere Lehrlingsentschädigung!“ stellt sie klar, und auch: „Wohnbeihilfe für Lehrlinge,

denn zurzeit bekommt man nur das Kindergeld (155,80 €) als Start ins eigene Leben“. Ein erster Schritt ist die Kandidatur, dann soll es weiter gehen: „Man kann mit Protesten auf sich aufmerksam machen. Bei manchen Themen können LehrerInnen und SchülerInnen auch an einem Strang ziehen, um gemeinsam etwas zu bewegen.“ Weil insgesamt braucht es „eine Politisierung“ und „neuen Schwung im Schulalltag“.

Fundstück des Monats Die FPÖ und das Christkind



Udo Guggenbichler hat Markus Abwerzgers Foto geteilt.
Gestern um 14:42 · 🌐



Die FPÖ wirft dem „Islam“ vor, die Aufklärung verpasst zu haben. Gleichzeitig bekennen hochrangige FPÖler öffentlich, ans Christkind zu glauben – und nicht etwa an den bösen (weil amerikanischen) Weihnachtsmann. Straches Wahrsagerin weiß sicher, was das Christkind heuer bringt. Wir schätzen: Egal wie das Wetter ist, bei der FPÖ gibt's sicher weiße Weihnachten.



USA: Sozialistische Stadträtin wiedergewählt

Niemand in Seattle hat dem politischen Establishment in den letzten zwei Jahren mehr Kopfschmerzen bereitet als Kshama Sawant. Nun wurde sie mit 57% wiedergewählt – das bedeutet vier weitere Jahre Vertretung der Interessen der ArbeiterInnenklasse im

Stadtrat. Trotzdem wurde sie im Stadtrat immer wieder von der „demokratischen“ Mehrheit blockiert, die eng an die Banken und Konzerne gebunden ist. Deswegen hat Kshama immer wieder betont, dass das, was im Stadtrat gewonnen werden kann, größtenteils von der

rasend. Als die LehrerInnen gestreikt haben, waren wir dort – jeden Morgen an den Streikposten. So haben wir gemeinsam mit tausenden PädagogInnen für die Ausfinanzierung der Bildung auf Kosten der Reichen gekämpft. Vom Lostreten der Bewegung für einen

hen, gleichzeitig im Stadtrat zu sein und Bewegungen aufzubauen. Gemeinsam konnten wir die wachsende Wut über Ungleichheit, Mietenwahn und abgehobene Politik in eine Bewegung leiten, die sich auf ihre eigene Stärke, Organisationen und Ressourcen stützt.

Als es im November 2015 um die Wiederwahl ging, unterstützten uns über 600 Freiwillige, mehr als 30 Gewerkschaften und Dutzende fortschrittliche Organisationen gegen unsere Gegnerin von den Demokraten. Diese hatte Bosse, die Handelskammer, die Immobilien-Lobby, die Vermieter-Lobby, Amazon.com, Miethaie, sechs konservative StadträtInnen und sogar einige republikanische MillitärInnen hinter sich.

Gegen diese gewaltige Opposition des Establishments, ihre prall gefüllten Konten und ihre Schmutzkübelkampagnen bauten wir eine machtvolle Bewegung von unten auf. Wir klopfen an 90.000 Türen und machten 170.000 Anrufe. Wir sprachen mit tausenden Menschen über leistbares Wohnen, Ungleichheit, Reichensteuern und Politik für die ArbeiterInnenklasse. Es war eine zuvor in Seattle nie da-

gewesene Kampagne von unten. Wir haben die Spendenrekorde gebrochen und das große Geld besiegt. Wir bekamen knapp \$500.000 von 3.500 EinzelspendeInnen – die meisten im gesamten Stadtratswahlkampf. Die Durchschnittshöhe der Spenden lag bei \$50 (ca. 47 Euro).

Die Möglichkeiten, die sozialistische Bewegung in den USA aufzubauen werden immer größer. Der Kapitalismus hat der ArbeiterInnenklasse nichts zu bieten. Die Menschen haben die Nase voll vom Establishment der Banken und Konzerne. Die Bewegung für einen \$15-Mindestlohn hat im ganzen Land wichtige Erfolge errungen. Studierende beginnen, gegen die enormen Bildungskosten zu kämpfen. Eine ganze neue Generation wächst aus der antirassistischen Black Lives Matter-Bewegung. Die Kandidatur von Bernie Sanders trat eine riesige Welle los, die das wachsende Interesse an sozialistischen Ideen zeigt. Die Lehren aus Seattle werden kostbar für all jene sein, die sich nun antikapitalistischen und sozialistischen Ideen zuwenden.

Jess Spear,

Socialist Alternative Seattle,
www.socialistalternative.org

Kshama Sawants Wiederwahl spiegelt die Wut und das Potential der US-amerikanischen ArbeiterInnenklasse wider.

Stadtrat.

In ihrer ersten Rede im Stadtrat im Jänner 2014 erklärte sie: „Ich trage den Titel ‚Sozialistin‘ mit Stolz“ und versprach: „Es wird keine Deals hinter verschlossenen Türen mit Unternehmen oder ihren politischen Marionetten geben. Es wird keinen Ausverkauf der Leute geben, die ich repräsentiere.“

Und Kshama blieb dabei. Ihr Büro wurde zu einem Zentrum des Widerstands von ArbeiterInnen, MieterInnen, Nicht-Weißen, LGBTQ-Personen, MigrantInnen und der indigenen Bevölkerung. Kshama drückte die politische Debatte in Seattle nach links. Ihr Slogan „Seattle leistbar machen“ verbreitete sich

Stärke der Bewegungen außerhalb abhängt – und alles ihr Mögliche getan, um diese Bewegungen mit aufzubauen.

Wir von Socialist Alternative organisierten gemeinsam mit Kshama ein Meeting für leistbares Wohnen im Rathaus. Der Saal war voll, ebenso der Zusatzsaal und der Zusatzsaal für den Zusatzsaal. 600 Menschen kamen, um über ihre Erfahrungen mit Mieterhöhungen von 50-100% zu reden. Wir organisierten eine Debatte über Mietendeckelung gegen einen Republikaner und einen Immo-Lobbyisten, zu der 1.000 Menschen kamen. Kshama und Socialist Alternative haben die Dinge an die Öffentlichkeit gezerrt und Menschen ak-

\$15-Mindestlohn über den Aufbau des Widerstands von MieterInnen, vom Zurückdrängen von Gewalt gegen LGBTQ-Personen bis zum Erlangen des „Tags der indigenen Bevölkerung“, machten Kshama und unsere Basisarbeit einen entscheidenden Unterschied.

Die Erfahrung der letzten zwei Jahre in Seattle birgt wertvolle Lehren für SozialistInnen und ArbeiterInnen überall. Kshama wäre die erste, die sagen würde, dass der entscheidende Faktor in Seattle die Existenz einer organisierten sozialistischen Bewegung, besonders Socialist Alternative, war. Wir haben Kshama wichtige politische Unterstützung gegeben, um mit dem Druck umzuge-

Schönwetterprojekt EU vor dem Aus?

Mit der Wirtschaftskrise geriet die EU selbst in die Krise. Doch noch einmal zeigt die EU, wozu sie wirklich gut ist: Zum Durchdrücken von Wirtschaftsinteressen. Banken und Konzerne verstecken sich hinter EU und Euro, um absurde Schulden, z.B. aus Griechenland, selbst gegen den Willen der dortigen Regierungen, einzutreiben.

Der Flüchtlingsstrom bringt die EU jetzt noch mehr ins Schwanken. Mit dem Dublin III-Abkommen sollten Flüchtlinge spätestens in den ärmeren süd-europäischen Ländern aufgehalten werden. Dass dieses Abkommen zurzeit nicht funktioniert ist gut für Flüchtlinge, zeigt aber die politische Krise, in der die EU steckt. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise stehen die verschiedenen herrschenden Klassen verstärkt in Konkurrenz um die kleiner werdenden Märkte. Die in Zeiten von Wachstum überdeckten Widersprüche brechen auf. Vor 2008 agierten die EU-Staaten stärker als Partner bei der Durchsetzung von gemeinsamen Kapitalinteressen außerhalb der EU oder gegen die ArbeiterInnen in der EU. Davon profitierten auch die Herrschenden in den ärmeren/schwächeren Ländern. Mit der Krise wurde die EU immer mehr ein In-

strument der starken Staaten und ihrer herrschenden Klassen gegen die Schwächeren. Die Schließungen von Grenzen (gegen geltendes EU-Recht) gegen Flüchtlinge spiegelt die Zerrissenheit der EU und die unterschiedlichen Interessen wieder.

Doch während einerseits die EU zerfällt, arbeitet sie nach außen verstärkt militärisch zusammen. Gegen den IS oder Putin haben die Herrschenden gemeinsame Interessen. Spätestens wenn es um den lukrativen Wiederaufbau Syriens oder den Zugang zu russischem Gas geht werden diese Spannungen aber wieder aufleben.

Eine (Teil-) Auflösung der EU käme für MarxistInnen nicht überraschend. Denn der Kapitalismus kann – gerade wegen seiner Krisenhaftigkeit – die Nationalstaaten nicht überwinden. Wenn die Union der Herrschenden zerbricht bedeutet das aber keine automatische Verbesserung für die ArbeiterInnen Europas. Die nationalistischen „Lösungen“ der letzten Jahren brachten keine Verbesserungen – im Gegenteil. Wir brauchen eine neue Union, eine der ArbeiterInnen, geformt aus dem Widerstand. Wir brauchen die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa!

Tilman M. Ruster



Nach Paris: Staaten machen mobil

Die Herrschenden haben eine unbestechliche Logik: Beim Terror von Paris sterben ArbeiterInnen letztlich auch aufgrund der imperialistischen Po-

Der Staat wird weiter aufgerüstet – und das Tempo ist enorm. Netter Nebeneffekt des Staatsnotstands und der Ausgangssperre in Frankreich war, dass

und externe Aufrüstung ist, dass die Herrschenden aufgrund der Krise die Zunahme von Klassenkämpfen und Massenprotesten fürchten. Sie haben Angst vor Widerstand im eigenen Land. Darum wird die ein Feindbild aufgebaut, um von sich selbst abzulenken. Aber die Welt wird durch Überwachung, Aufrüstung, Rassismus und Militäreinsätze nicht sicherer – im Gegenteil! So wächst die Kriegsgefahr auch in Europa, die wiederum als Argument für Aufrüstung herhält – ein Teufelskreis. Das einzige Gegenmittel ist, wovor die Herrschenden am meisten Angst haben: Klassenkampf und (internationale) Solidarität!

Laura Rafetseder

*Herrschende nützen Terror:
Als Antwort auf Paris rüstet Staat
gegen ArbeiterInnenklasse auf.*

litik der Herrschenden und ihres staatlichen Rassismus. Darum werden Anti-Terrorgesetze gegen ArbeiterInnen eingesetzt; wird gegen migrantische ArbeiterInnen gehetzt; werden militärische Aktionen im Nahen Osten verstärkt, die wieder ArbeiterInnen treffen – und die Terrorgefahr erhöhen.

für die fragliche Zeit angekündigte Streiks in Pariser Spitälern und bei Air France sowie Soli-Demos unterbunden wurden. In Belgien wurde eine linke Veranstaltung über Syrien verboten. Demokratische Rechte werden in ganz Europa weiter beschnitten. Denn der eigentliche Hintergrund für die interne

33% für Sozialistin in Hongkong

Mit einer energischen Kampagne erreichte die Sozialistin Sally Tang Mei-ching in Pak Tin, dem ärmsten Bezirk von Hongkong, 1.152 Stimmen (33%). Sally, die zum ersten Mal antrat, ist Mitglied der Socialist Action (CWI in Hongkong, Taiwan und China) und war zentral aktiv in der „Regenbogenbewegung“ 2014 als Zehntausende gegen das undemokratische Vorgehen der Diktatur in Peking demonstrierten. Socialist Action fordert

den Sturz der Diktatur in China sowie der kapitalistischen Bonzen in Hongkong, aber auch die Beschränkung und Kontrolle von Mieten sowie eine 40-Stunden-Woche. Trotz Hürden durch das undemokratische System und eine Verleumdungskampagne gegen Sally, die als „brutale Sozialistin“ bezeichnet wurde, war die Kampagne ein Grundstein für den Aufbau einer sozialistischen Alternative.

www.chinaworker.info

Polizeigewalt gegen Sozialisten

Obwohl die Diktatur in Chile offiziell seit über 25 Jahre vorbei ist, bleibt ihr Apparat intakt. Das bekam im November ein 15-jähriges Mitglied von Socialismo Revolucionario (CWI in Chile) zu spüren. Nach seiner Verhaftung wegen einer „verdächtigen Tasche“ (seiner Schultasche!) wurde er von mehreren Polizisten brutal geschlagen und gefoltert. Die Polizei meinte, das wäre wegen seiner Teilnahme an Pro-

testen, er solle künftig „lieber zu Hause bleiben“. Polizeigewalt bedroht in Chile Proteste von ArbeiterInnen, Studierenden und Indigenen, vor allem junge Frauen sind sexuellen Übergriffen durch „Sicherheitskräfte“ ausgesetzt. Nur eine Massenbewegung kann Folter und Polizeigewalt in Chile beenden – SR bereitet daher eine Kampagne gegen Repression vor.

revistasocialismo-revolucionario.blogspot.com

Frauenrechte

Das Abtreibungsverbot zwingt jährlich Tausende Irinnen zu teuren Abtreibungen im Ausland und gefährlichen illegalen Abbrüchen. Die Frauenorganisation ROSA organisiert daher mit Ruth Coppinger (Parlamentsabgeordnete Socialist Party, CWI in Irland) den „Abtreibungsspielenbus“, der Informationen über Abtreibungen und die Abtreibungsspiele verteilt, die gefahrlose Abtreibungen ermöglicht.

www.socialistparty.ie



Ehrenamt: Kapitalismus profitiert von Menschlichkeit

Der Kapitalismus missbraucht den Drang von Menschen zu helfen schamlos zur Profitsteigerung.

Menschen haben keinen Job, Flüchtlinge kein Essen und Geld ist keines da. Wie soll das bewältigt werden? Glücklicherweise gibt uns „unser“ Staat“ flink eine Antwort: durch das Ehrenamt, die Freiwilligenarbeit. Denn diese hat im „Abendland“ Tradition. „Der individuelle Beitrag zum allgemeinen Wohl“ gehörte schon in der Antike zum guten Ton. Alleine die „kirchliche Arbeit“ für das „Seelenwohl“ hat in vergangenen Jahrhunderten Unzählige zu freiwilliger Arbeit animiert (bzw. verpflichtet). Alle Religionen stellen so ein Bindeglied her: Zwischen der Menschlichkeit des Individuums, das andere unterstützen will, und den Begehrlichkeiten der Klassengesellschaft, die dafür sorgt, dass es Armut und Elend gibt. An diesem Spagat hat auch die aufgeklärte bürgerliche Gesellschaft nichts geändert. Zwar konnte die ArbeiterInnenbewegung v.a. in den Industriestaaten öffentliche Sozialeinrichtungen erkämpfen, doch sind diese nicht ausreichend und werden weggekürzt. Daher ging der Neoliberalismus seit den 1980er Jahren auch einher

mit einer ideologischen Offensive, in der ehrenamtliche Tätigkeit gelobt und gefördert wurde. Hilft sie doch die Lächer stopfen, die der Sozialabbau reißt.

Heute engagieren sich laut CEV (European Volunteer Centre) 3 von 10 EuropäerInnen ehrenamtlich. „Nichtregierungsorganisationen“ sprießen, die Landeshauptstädte bieten über ihre Web-Auftritt Ehrenamtsbörsen an und die großen Sozialträger und -institutionen können sich meist nur durch freiwilliges Engagement über Wasser halten. Statistiken der BMASK (2013) zählen 14,7 Millionen Arbeitsstunden, welche in Österreich jährlich freiwillig geleistet werden. Diese Arbeitsleistung entspricht 230.000 Vollzeitstellen. Wären es bezahlte Jobs, könnte die Arbeitslosigkeit um mehr als die Hälfte reduziert werden. Und es ist davon auszugehen, dass im Rahmen der unglaublichen Solidarisierung mit Flüchtlingen diese Zahl rapide angestiegen ist.

Die kostenlose (oft von Frauen geleistete) Arbeit spart dem Kapital Milliar-

den. Die brutalen Folgen des Neoliberalismus werden so kaschiert. Und die Hilfsbereitschaft wird auch ausgenutzt, um Löhne zu drücken und Arbeitsschutzbestimmungen aufzuweichen. Anstatt angesichts der vielen Fahrten mit Flüchtlingen ausreichend Personal einzustellen setzte die Regierung z.B. einfach die Regelung für die Ruhezeiten bei den PostbusfahrerInnen außer Kraft. Der Umgang der Herrschenden mit dieser Arbeit ist mehr als zynisch. Denn „entlohnt“ werden jene, die Gutes tun, meist nur durch einen feuchten Händedruck oder ein symbolisches Dankeschön (ein medienwirksames Danke-Fest z.B.).

Es ist gut, wenn der ÖGB die Rechte von Ehrenamtlichen verteidigt (z.B. wenn die Neos Menschen unbezahlt beschäftigen wollen oder das Team Stronach Geld von Ehrenamtlichen verlangt). Doch das reicht bei weitem nicht. Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaft, nicht nur Resolutionen zu verabschieden, sondern gut bezahlte Vollzeitjobs zu erkämpfen. Es darf hier keine Spaltung in Ehrenamtliche und „Profis“ zugelassen werden. Wenn Freiwilligenarbeit als

Grund für Lohnsenkungen verwendet wird, muss der ÖGB dies mit einer Kampagne für eine saftige Lohnerhöhung und Jobs für die Ehrenamtlichen (und die Hauptamtlichen) kontern. Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit wäre dies eine Maßnahme, welche mehr bringt als jedes Regierungs-„konzept“ der vergangenen Jahrzehnte.

Die Hilfsbereitschaft der unzähligen HelferInnen und ehrenamtlich arbeitenden Menschen ist großartig und zeigt, dass es nicht möglich ist, dem Menschen seine soziale Veranlagung auszutreiben. Auch wenn wir hin zu Egoismus und Ellenbogengesellschaft gezogen werden. Das zeigt auch, dass all das Gerede, dass der Sozialismus am Egoismus der Menschen scheitern würde, Blödsinn ist. Diese Arbeit ist – wenn wirklich freiwillig – selbstbestimmter und weniger entfremdet als die zum Überleben nötige „Lohnarbeit“. Neben diesem Element der Selbstverwirklichung durch sinnstiftende Arbeit gibt es auch noch die Notwendigkeit dazu. In

der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ist in die unterschiedlichsten politischen Aktivitäten freiwillig Arbeitszeit investiert worden. Zehntausende BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen und politische AktivistInnen arbeiten ehrenamtlich. Sie sind es auch, die immer wieder darauf achten müssen, dem Helfen eine politische Dimension zu geben. Zu verhindern, dass sich HelferInnen aufreiben um die Lächer zu stopfen, die die öffentliche Hand lässt und das Helfen mit dem politischen Kampf für mehr bezahlte Ressourcen und auch mit dem Kampf für eine andere, eine bessere Gesellschaft zu verbinden.

In einer sozialistischen Gesellschaft, wo Arbeit nicht mehr Zwang und Ausbeutung ist, sondern kreativ, interessant und sinnvoll ist und wo die Arbeitszeit durch den technischen Fortschritt auf ein Minimum reduziert wird, haben wir alle genug Zeit und Möglichkeit, uns „ehrenamtlich“ einzubringen. Nicht pervertiert und missbraucht wie so viele Dinge in der kapitalistischen Normalität.

Moritz C. Erkl

SLP-Programm genau erklärt:

Antifaschistische Arbeit ist Gewerkschaftsarbeit.

Der ÖGB erweckt oft den Eindruck, als ob Antifaschismus Sache linker Studis und nicht der ArbeiterInnenbewegung sei. Aber das Mobilisierungspotential und die Gewalt-

nen nach ethnischen Linien das Proletariat zu trennen. Und Identitäre & Co ziehen die Schlussfolgerungen auf der Straße.

Es ist kein Zufall, dass sich einer der schwersten rechtsextremen Überfälle der letzten Jahre gegen

Eine Gewerkschaftsstrategie, die den Siegeszug der Rechten vom schon salonfähigen Strache bis zu den noch nicht salonfähigen Identitären aufhalten soll, muss diese Teile-und-Herrsche-Strategie unterbinden, indem sie Klassenbewusstsein gegen Rassismus stellt. Sie muss zeigen, dass österreichische wie migrantische ArbeiterInnen gemeinsame Interessen gegenüber den österreichischen KapitalistInnen haben. Und dass die Rechten nicht die Kraft sind, die diese Interessen für sie erkämpfen. Das wird nur funktionieren, wenn die Gewerkschaften antifaschistische Aktionen nicht ignorieren und studentischen Milieus überlassen, sondern sich selbst an ihre Spitze stellen.

Klassenbewusstsein statt Rassismus.

bereitschaft von Rechtsextremen nehmen zu, und ihre Opfer sind v.a. ArbeiterInnen und Arme. Identitäre und Nazi-Hools, die MigrantInnen auf der Straße angreifen, und die FPÖ, die sie zum Sündenbock für soziale Probleme macht, sind zwei Seiten einer Medaille. Die etablierte Rechte im Parlament versucht, durch Spaltung der ArbeiterIn-

türkische GewerkschaftlerInnen richtete. Die organisierte ArbeiterInnenbewegung ist die Kraft, die den Faschismus wirklich stoppen kann – und ist daher auch ein Hauptziel von Faschisten. Neue faschistische Parteien wie die Goldene Morgenröte in Griechenland greifen nicht zufällig gerade GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen an.

Mein Weg zur SLP

Seit meiner Jugend interessiere ich mich nun schon für das politische Weltgeschehen. Allerdings war ich der Meinung, dass keine der etablierten Parteien ehrlich meine Interessen vertritt. Somit wollte ich mich auch nicht für eine der „großen“ Parteien engagieren.

Vor einiger Zeit lernte ich dann über Bekannte die SLP kennen, ich ging zu den Ortsgruppentreffen in Graz und beteilig-

te mich an Aktionen und Demos. Dadurch lernte ich die Ziele und Ideale der SLP immer besser kennen und wusste, das ist die Partei, die meine Sichtweise der Welt widerspiegelt.

Vor allem bei Demos gegen rechte Hetzer, wie die Pegida oder die Partei des Volkes, war ich immer vorne dabei. Ich will nicht länger mitansetzen müssen, wie versucht wird, für die Probleme in unse-

rer Gesellschaft ausländische MitbürgerInnen oder sozial schwache Personen verantwortlich zu machen. Auch diverse Reaktionen auf die sogenannte „Flüchtlingswelle“ schockierten mich. Gerade für Menschen, die aus einem Kriegsgebiet fliehen oder nicht wissen, wie sie ihre Familie ernähren sollen, ist es wichtig Solidarität zu zeigen.

Melanie P., 27,
Bürokauffrau

Was macht ein FPÖ-Gemeinderat mit einem SLP-Transparent?

Das bekannte SLP-Transparent „Rassismus schafft keine Arbeitsplätze: Gemeinsam kämpfen für Jobs & höhere Löhne!“ hat schon fast Kult-Status. Kaum eine Demonstration, auf der es nicht zu sehen war. Doch in Spielfeld wurde es nach einem brutalen Angriff von Rechten gestohlen. Ein Bild zeigt FPÖ-Fohnsdorfer Gemeinderat Kerbl mit dem Transparent unterm Arm! Wie ist es dorthin

gelangt und was hat er damit vor?

Gerade angesichts der immer offensiver und immer aggressiver auftretenden Rechten ist es umso notwendiger laut – und auch gut sichtbar – zu sein. Daher brauchen wir ein neues Transparent (Kosten ca. € 100.-).

Spenden bitte auf:

IBAN: AT256000000000

8812733

BIC: OPSKATWW



Foto: Offensive gegen Rechts

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 17⁰⁰ Uhr
im **‘Wiener Café’**
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im **‘El Encuentro’**
Griesgasse 50

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **‘Alte Welt’**, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **‘Shakespeare’**
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung **‘Libreria Utopia’**
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der **‘Pizzeria Delfino’**
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im **SLP-Büro**
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns

Nach Zielpunkt-Pleite: Schönborn über fehlenden Sozialplan "erschüttert"

4. Dezember 2015 13:57



Die **Berichterstattung** über die Zielpunkt-Pleite trieb teilweise kuriose Blüten. So übernahmen etwa Krone, Wirtschaftsblatt, msn.com und zahlreiche andere eine Pressemeldung, in der sowohl Kardinal Schönborn als auch die SLP zu Wort kommen: Während in dem Artikel Schönborn zahnlos Mitleid mit den Beschäftigten bekundet, ruft die SLP zur Demonstration und zum Widerstand auf.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



Antifaschismus im Weinberg

Mehr auf Seite 5

Auf die Straße gegen rechte Gewalt!

Statt schöner Worte braucht es einen heißen Antifa-Winter gegen soziale Kälte.

Wie jedes Jahr finden Anfang 2016 mehrere als Bälle getarnte rechtsextreme Treffen, v.a. von Burschenschaften, statt. Doch dieses Jahr ist einiges anders. Immer öfter kommt es zu Übergriffen von rechts. Immer noch gibt es Menschen, die sagen, wir sollten „die Rechten doch ignorieren“ oder die sich in ihrer politischen Arbeit rein auf moralische Entrüstung beschränken. Während Rassismus immer mehr zur Normalität wird und die Rechten als „besorgte Bür-

ger“ ganz legal aufmarschieren. Doch Rechte verschwinden nicht, wenn wir die Augen zumachen. Viele Forderungen von FPÖ&Co. sind mittlerweile Gesetz weil sie von SPÖ und ÖVP umgesetzt werden.

Bei den Protesten gegen die rechten Treffen ist es wichtig, zahlreich auf die Straße zu gehen. Um klar zu machen, dass die FPÖ eine Partei von und für Banken und Konzerne(n) ist. Und auch gegen die Kürzungspolitik der Bundes- und Landesregierun-

gen. Weil immer öfter FPÖ drinsteckt, wo ÖVP und sogar SPÖ draufsteht.

Mehr Rechte auf der Straße bedeuten, dass es zu noch mehr Angriffen auf Linke, MigrantInnen und alle anderen, die nicht ins rechte Weltbild passen, kommt. Doch sie prüfen auch den Weg frei, für Privatisierungen, Sozialkürzungen und Neoliberalismus. Deswegen demonstrieren wir gegen die rechten „Bälle“ und gegen Sparpolitik.

Berenike Spilka



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.